

ANTRAG

der Fraktionen DIE LINKE und SPD

Chancen und Grenzen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz in Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung erfahren und wird zunehmend in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens eingesetzt. Auch im Bildungsbereich eröffnet KI, speziell textgenerierende KI-Anwendungen wie chatGPT, vielfältige Chancen und Potenziale für die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. KI kann beispielsweise zur individuellen Förderung, zur automatisierten Auswertung von Lernergebnissen und zur Entwicklung innovativer Lernmethoden eingesetzt werden. Neben den Potenzialen birgt KI auch Herausforderungen und Grenzen, die beachtet werden müssen.

Die bereits durch das Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten Fortbildungen haben Lehrkräfte gut auf den Umgang mit KI vorbereitet und sollten zielgerichtet ausgebaut werden. Auch die Offenheit (Open Access) und der Einsatz von Open Educational Resources (OER) sind wesentliche Aspekte, um Transparenz im Umgang mit KI zu gewährleisten und Bildungsgerechtigkeit zu fördern.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Lehrkräfte weiterhin über die Möglichkeiten und Potenziale von KI im schulischen Kontext umfassend aufzuklären. Dazu sollen verstärkt Informationsveranstaltungen und Schulungen angeboten werden, in denen die Grundlagen und Einsatzmöglichkeiten von KI in der Schule erläutert werden.

2. eine Handreichung zum Einsatz von KI in Schulen zu erarbeiten. Diese Handreichung soll in Form von themenbezogenen Handouts praxisorientierte Informationen und Anleitungen enthalten, wie KI im Unterricht und im schulischen Alltag gewinnbringend eingesetzt werden kann. Zudem sollen konkrete unterstützende Maßnahmen, wie etwa ein itslearning-Kurs, flankierend zum Beginn des neuen Schuljahres 2023/2024 als dynamisches Angebot entwickelt werden. Auch sollen die Herausforderungen mit textgenerierender KI im Kontext der Bearbeitung von Hausaufgaben bzw. Hausarbeiten, deren Bewertung sowie Umgang mit Eigenleistung, effektiver Nutzung und KI als Lernhilfe thematisiert werden. Schließlich sollen sowohl rechtliche Aspekte als auch Hinweise zur Datenschutzkonformität und ethischen Verantwortung berücksichtigt werden.
3. Fortbildungen für Lehrkräfte anzubieten, die speziell darauf ausgerichtet sind, den kompetenten Umgang mit KI im Schulalltag zu vermitteln. Diese Fortbildungen sollen sowohl technische Kenntnisse als auch pädagogische Konzepte zur Integration von KI in den Unterricht umfassen.
4. die Chancen von KI in der Schule zu nutzen und dabei gleichzeitig die möglichen Grenzen abzuwägen. Es ist wichtig, dass der Einsatz von KI in der Schule transparent, fair und ethisch verantwortungsvoll erfolgt. Die Landesregierung soll entsprechende Leitlinien und Rahmenbedingungen entwickeln, die eine verantwortungsvolle Nutzung von KI in der Bildung sicherstellen.
5. einen regelmäßigen Austausch zwischen Schulen, Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, um aktuelle Entwicklungen und Good Practices im Bereich KI im Bildungswesen zu diskutieren und weiterzuentwickeln.
6. zu gewährleisten, dass Open Access und OER in den Schulen genutzt werden, um Transparenz und Bildungsgerechtigkeit zu fördern, etwa durch einen möglichst barrierearmen und datenschutzkonformen Zugang für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte.
7. die Erfahrungen und Ergebnisse aus dem Einsatz von KI in Schulen regelmäßig zu evaluieren und den Landtag bis Ende 2024 zu unterrichten.

Jeannine Rösler und Fraktion

Julian Barlen und Fraktion

Begründung:

Die Debatte um einen adäquaten Umgang mit KI zählt aktuell zu den vorherrschenden in unserer Gesellschaft und ist in den Medien dauerpräsent. Dabei ist der Diskurs, vor allem im Hinblick auf den Bildungsbereich, von hoher Emotionalität geprägt. Auch gibt es Befürchtungen, KI würde in Prüfungssituationen regelwidrig eingesetzt.

Diese Befürchtungen sollten nicht negiert bzw. bagatellisiert werden. Gleichmaßen unangemessen ist es aber auch, reflexartig ein Pauschalverbot von KI im Unterricht zu fordern. Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule ist es, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, aktiv und verantwortungsvoll am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzuhaben. Daher ist es zwingend geboten, das Thema KI proaktiv anzugehen und die unbestreitbaren Vorteile herauszustellen. KI bietet neue Möglichkeiten zur Verbesserung des Lernens und Lehrens, stellt aber natürlich auch neue Anforderungen an das Bildungssystem. Dies gilt speziell im Bereich der Aufgaben- und Prüfungskultur. Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll, eine gemeinsame Abstimmung auf Länderebene zu forcieren.

Durch die Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen kann die Landesregierung dazu beitragen, dass Schulen die Potenziale von KI effektiv nutzen können, ohne die Grenzen aus den Blick zu verlieren. Primäres Ziel bleibt es, das Bewusstsein und die Kompetenz im Umgang mit KI in den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns nachhaltig zu stärken.